

1 **Ganz klar.**

2 **Für Ostfrieslands Mittelstand.**

3
4 **Beschluss des Bezirksparteitages der CDU Ostfriesland**
5 **vom 20. September 2025 in Friedeburg**

Entschlossen handeln – für neues Wachstum.

Die Wirtschaft in unserem Land befindet sich nach Ende der Ampel-Koalition im dritten Jahr der Rezession. Die neue Unions-geführte Bundesregierung steht insbesondere vor der Aufgabe, die ausgeprägte Investitionsschwäche, Konsumzurückhaltung und anhaltende Industrierezession zu bewältigen. Die Kriege in der Ukraine und im Nahen Osten, unfaire Handelspraktiken Chinas, die hybride Kriegsführung Russlands und seiner Partner gegen den Westen sowie die Zollpolitik der USA setzen auch wirtschaftspolitisch herausfordernde Rahmenbedingungen für eine neue Wachstumsstrategie für unser Land.

Mit ihrem ersten, vor der Sommerpause beschlossenen, umfassenden Maßnahmenpaket aus Investitions-Booster und Energiekosten-Senkungen hat die Bundesregierung einen Kurswechsel für neues Wachstum und mehr Beschäftigung eingeleitet. Für den Herbst ist eine umfassende Reformagenda angekündigt. Institute korrigieren ihre Prognosen nach oben, und es wird wahrscheinlicher, dass die deutsche Wirtschaft schon in diesem Jahr endlich wieder Wachstum sieht. Auch die Unternehmen in Ostfriesland sind nach Angaben des Konjunkturklima-Index der IHK Ostfriesland-Papenburg wieder etwas zuversichtlicher. Der Mittelstand steht allerdings weiterhin vor großen Herausforderungen.

Das größte Problemfeld bleibt dabei die ausufernde Bürokratie. Nach Angaben der IHK belasten darüber hinaus die wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen, die Arbeitskosten, der Personalmangel, die Energie- und Rohstoffpreise sowie die Inlandsnachfrage unsere Unternehmen. Die CDU Ostfriesland begrüßt daher das schnelle Handeln der neuen, CDU-geführten Bundesregierung. Von der rot-grünen Landesregierung erwarten wir derweil weniger Symbolpolitik und mehr echte und entschlossene Veränderung. Der Bund und das Land müssen jetzt gleichermaßen gegen die größten Probleme der Unternehmen vorgehen: Bürokratie und Staatsdirigismus, Energie- und Arbeitskosten, Innovations- und Effizienzschwächen sowie die zu hohe Steuer- und Abgabenlast.

Wir als CDU Ostfriesland fordern seitens der Europäischen Union, des Bundes und des Landes, aber auch auf kommunaler Ebene ein konsequentes Handeln für eine Stärkung der mittelständischen Wirtschaft. Um in diesen herausfordernden Zeiten bestehen zu können und den sozialen und gesellschaftlichen Zusammenhalt zu gewährleisten, müssen wir in Ostfriesland neues Wachstum und neue Beschäftigung für mehr Wohlstand und dauerhafte soziale Sicherheit schaffen.

Acht Punkte für unseren Mittelstand.

1. Ganz klar. Für einen schlanken Staat und den konsequenten Rückbau der Überregulierung.

Unser Land muss wieder schnell und einfach funktionieren. Die Staatsmodernisierung ist daher der Schlüssel, um neue Wachstumspotenziale zu schöpfen. Weniger Kontrollen und eine neue **Kultur des Vertrauens** zwischen den staatlichen Ebenen und vor allem zwischen der staatlichen Verwaltung und unseren Bürgern und Unternehmen sind die Grundlage für mehr Geschwindigkeit von Investitionen und weniger Verwaltungsaufwand.

Die Überregulierung muss zurückgebaut und die staatlichen Strukturen müssen verschlankt werden. Einfachere und verständliche Regeln, bürgerfreundliche Anwendung und mehr Flexibilität der Behörden stärken das Vertrauen der Menschen in die staatlichen Institutionen, erhöhen zugleich die Investitionsbereitschaft der Wirtschaft und stärken die Leistungsfähigkeit des Staates. Das Prinzip „**Im Zweifel für den Bürger**“, also die maximale Nutzung von Ermessensspielräumen für antragsstellende Bürger und Unternehmen, muss die neue Normalität werden.

Konkret fordern wir von Bund und Land, **ein Drittel aller Verordnungen** zu **streichen** und die Komplexität der übrigen, im Ordnungswege getroffenen Regelungen deutlich zu reduzieren. Europäische Union, Bund und Land müssen zu einem konsequenten Rückbau von Regelungen und Vorschriften kommen. Das sogenannte **Omnibus-Verfahren** der EU-Kommission, mit dem ganze Regelungs Pakete ausgesetzt oder außer Kraft gesetzt werden sollen, macht Hoffnung und sollte Vorbild auch für Bund und Land sein. **Experimentierklauseln** in Rechtsnormen sollen darüber hinaus ermöglichen, für innovative Vorhaben ausnahmsweise von der bestehenden Rechtslage abzuweichen. Im Erfolgsfall kann die Rechtslage entsprechend weiterentwickelt werden. Zudem müssen **Statistik-, Dokumentations- und Nachweispflichten** endlich spürbar abgebaut werden. Bei jedem Gesetz und jeder Verordnung muss digitale Anwendung von Anfang an mitgedacht werden.

Unsere Landkreise, Städte und Gemeinden ächzen unter den immer weiter anwachsenden personellen und finanziellen Lasten aus immer neuen komplexen gesetzlichen Regelungen sowie Aufgabenzuweisungen ohne auskömmlichen Ausgleich. Davon müssen sie umfänglich befreit werden. Der Bund, die Länder und Kommunen müssen ihre Aufgaben- und Finanzverflechtungen wieder trennen und zugleich ein **echtes Verursacher-Konnexitätsprinzip** vereinbaren. („Wer eine Leistung beschließt, muss sie auch bezahlen.“) Dies sollte auch Regelungen der Europäischen Union umfassen, die vom Deutschen Bundestag ratifiziert werden. Die finanzielle und personelle Verantwortung für neue Leistungsgesetze wird nicht mehr auf andere Ebenen verschoben. Das sichert die kommunale Leistungsfähigkeit als Dienstleister für die Bürger und Unternehmen.

2. Ganz klar. Für eine digitale Staatsmodernisierung.

Die moderne Staatsverwaltung ist vollumfänglich digital. Faxgeräte, analoge Antragsverfahren und die Mehrfacherfassung von Daten durch den Staat müssen endlich ein Ende haben. Die Prinzipien „**digital only**“, also der Ersatz analoger durch ausschließlich digitale Prozesse, und „**once only**“, also die einmalige Übermittlung ihrer Daten durch Bürger und Unternehmen, müssen schnellstmöglich die neue Verwaltungsrealität werden. Dafür ist es erforderlich, das materielle Recht so zu vereinfachen, dass digitale Prozesse darübergelegt werden können. Für Menschen mit digitalen Zugangsbeschränkungen müssen in diesem Rahmen analoge Assistenzsysteme organisiert werden.

Der **digitale Staat** ist dabei kein Selbstzweck, sondern er ist die Voraussetzung für eine digitale Wirtschaft, die effizienter und innovativer als bisher auf den Weltmärkten dauerhaft konkurrenzfähig ist. Zusätzliche Wachstumskräfte können entstehen, wenn die Datenpools unserer Unternehmen umfassend genutzt werden können. Dafür muss jedoch die **Datensicherheit** und nicht der Datenschutz der neue Maßstab sein.

Wir wollen, dass Ostfriesland Vorreiter der digitalen Verwaltung wird. Dafür müssen alle bereits bestehenden Möglichkeiten, Verwaltungsverfahren digital durchzuführen, zeitnah umgesetzt werden. Die digitale Infrastruktur der hiesigen Behörden muss zugleich ausgebaut und konsequent auf die genannten digital-Prinzipien ausgerichtet werden. Alle Behörden bereiten sich auf die Nutzung des "Nationalen Once-Only-Technical-Systems" (NOOTS) vor, auf welches sich der Bund und die Länder bereits verständigt haben. Es bedarf einer prozessorientierten, **digitalen Verwaltungsreform**. Denn die nächste, überfällige Verwaltungsreform muss digital sein. Alle Verwaltungsprozesse müssen dafür digital und anwenderorientiert neu entwickelt werden.

3. Ganz klar. Für die Innovations- und Startup-Region Ostfriesland.

Wir wollen Ostfriesland zu einer der **innovationsfreundlichsten Regionen Deutschlands** entwickeln. Insbesondere die leistungsfähigen und innovativen mittelständischen Unternehmen der Region wollen wir vernetzen und unterstützen. Wir wollen neue Technologien ansiedeln und etablieren, um neue, zukunftsfähige Arbeitsplätze in Ostfriesland schaffen zu können. Dafür müssen die von Rot-

Grün in Niedersachsen geschwächten Strukturen der **Modellregion Innovatives Ostfriesland** wieder gestärkt und langfristig etabliert werden.

Um das Innovationssystem, die Gründerkultur und damit auch die wirtschaftliche Dynamik in Ostfriesland zu stärken, muss die Hochschule Emden-Leer auf die Ausgründung von Startups ausgerichtet werden. Denn wir wollen Ostfriesland zu einer **führenden Gründerregion** entwickeln. Für das Ziel eines starken Gründer-Ökosystems und von Innovationsräumen rund um die Hochschule braucht es die passenden Strukturen und Anreize für Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, damit diese Gründungen gezielter fördern. Wir schlagen hierfür vor, das Niedersächsische Hochschulgesetz so anzupassen, dass die **Hochschulen** die Möglichkeit bekommen, sich unmittelbar mit eigenen Gesellschaften **an Startups** zu **beteiligen**. Aus Beteiligungen und Lizenzierungen an solchen Gründungen sollen Hochschulen auch Gewinne erzielen dürfen.

Für Startups und junge Unternehmen braucht es **Risiko- und Wachstumskapital**. Junge Startups benötigen Anschubfinanzierungen, erfolgreiche, reifere Startups müssen investieren können, um die nächste Entwicklungsebene zu erreichen. Wir fordern daher einen vom Land und privaten Kapitalgebern gemeinsam finanzierte **regionalen Risikokapital-Fonds**. Außerdem muss die Innovations- und Gründungsförderung der Hochschule in die Lage versetzt werden, auch hochkompetitive Unterstützung anzubieten, damit Unternehmen einen hohen Technologie-Reifegrad erreichen können.

4. Ganz klar. Für Entlastungen statt Förderdschungel.

Zuwendungen der öffentlichen Hand können wichtige Entwicklungen anstoßen, die ohne diese Anreize nicht begonnen oder fortgesetzt würden. Diese Zuwendungen müssen jedoch dem Subsidiaritätsprinzip unterliegen. Sie dürfen nur gewährt werden, wenn der Staat ein erhebliches Interesse an der Umsetzung der geförderten Maßnahmen hat und dieses Interesse ohne die Zuwendungen nicht oder nicht ausreichend befriedigt würde. Wenn durch Veränderungen der Rahmenbedingungen neue förderungswürdige Ziele entstehen, bedeutet dies jedoch zwangsläufig, dass bestehende Zuwendungen darauf überprüft werden müssen, ob sie noch eine Berechtigung haben. Die bestehenden Förderkulissen aller politischer Ebenen werden einer entsprechenden regelmäßigen Überprüfung jedoch nicht unterzogen. Das Ergebnis ist ein **kaum zu durchdringender** und insbesondere für kleinere Unternehmen und Kommunen **undurchschaubarer Förderdschungel** aus tausenden Förderrichtlinien, der seine Funktion einer gezielten Förderung strukturschwacher Regionen und innovativer Prozesse längst verloren hat. Das System ist ineffizient, ungerecht und fehlsteuernd geworden. Das wollen wir konsequent ändern.

Daher fordern wir, das unüberschaubare **Dickicht an staatlichen Förderkulissen erheblich**, auf das wirklich Notwendige zu **reduzieren** und die verbleibenden Kulissen in Inhalt und Anwendung deutlich zu vereinfachen. Die frei werdenden Haushaltsmittel sollen über **Steuersenkungen** den Unternehmen und über den **Kommunalen Finanzausgleich** den Kommunen direkt, statt über komplexe und ineffiziente Antragsverfahren auf Basis streng reglementierender Richtlinien zufließen.

Die verbleibenden **Kommunalförderungen** sollen **über Budgets und in vereinfachten Abrechnungsverfahren** den förderwürdigen Kommunen Themen-bezogen zur Verfügung gestellt werden. Das Kommunale Investitionsprogramm II des Bundes aus 2015 kann hierfür Vorbild sein. Strukturell, wirtschafts-, gesellschafts- oder sozialpolitisch dringend **gebotenen Förderungen** von Unternehmen, Kommunen und Institutionen sollen **digitalisiert über ein Förderportal** zugänglich gemacht werden, welches sämtliche Förderrichtlinien, Fördermittelkombinationen und -ausschlüsse des Bundes und der Länder abbildet und potenziellen Antragstellern in einem strukturierten Prozess zugänglich macht. Damit soll eine weitgehend automatisierte Antragsbearbeitung ermöglicht werden.

Auf diesem Weg werden auch kleinere strukturschwache Kommunen und mittelständische Unternehmen in Ostfriesland in ihrer Investitionskraft gestärkt und wieder in die Lage versetzt, von Strukturhilfen diskriminierungsfrei zu partizipieren.

5. Ganz klar. Für eine starke Landwirtschaft.

Dokumentationen zur Nachweisführung und Planung sind in der Landwirtschaft notwendig. Dessen sind wir uns bewusst. Gleichwohl belasten **unnötige** und vor allem **mehrfache Dokumentationspflichten unsere Landwirtschaft** stark und steigern damit nicht nur die Arbeitsbelastung auf den Betrieben, sondern mindern gleichzeitig die Wettbewerbsfähigkeit. Es bedarf eines Abbaus von überzogenen Statistik-, Dokumentations- und Nachweispflichten. Zudem muss die Digitalisierung zum Bürokratieabbau beitragen, statt diesen zu vervielfachen. Um für Erleichterungen zu sorgen, hat die **Arbeitsgemeinschaft Landvolk Küste** Maßnahmenvorschlägen zum Bürokratieabbau zusammengestellt, die wir ausdrücklich unterstützen.

Für Entlastung sollen insbesondere die **Beendigung des sogenannten Gold-Plating**, also der Übererfüllung europäischer Regelungen bei Umsetzung in deutsches Recht ohne finanziellen Ausgleich und die Umsetzung eines **Omnibus-Verfahrens für die Landwirtschaft auf EU-Ebene** (EU-Lieferkettenrichtlinie, EU-Bodenüberwachungsgesetz, umfassende Reduzierung der durch die GAP-Strategiepläne ausgelösten Dokumentations- und Berichtspflichten für Landwirte, Behörden und Zahlstellen, GLÖZ-Verpflichtungen, Rücknahme der sozialen Konditionalität im Zuge der GAP-Förderung, Nachhaltigkeitsberichterstattungsrichtlinie, Taxonomie) sorgen.

Auf nationaler Ebene sollen u.a. das **Verbandsklagerecht** auf seinen ursprünglichen Sinn einer Beteiligung regionaler Umweltverbände im Rahmen örtlicher Genehmigungsverfahren zurückgeführt werden. Im Baurecht soll das **Tierwohl vor den Immissionsschutz** gestellt, zusätzlichen Auflagen aus der TA Luft verhindert, Umnutzungen vereinfacht, schnelle und effektive Antragsverfahren durch **Genehmigungsfiktionen** ermöglicht, vereinfachte Verfahren zum **Populationsmanagement geschützter Arten** (Wolf, Gans, Krähe, Biber) eingeführt und die behördliche Kooperation Vorrang vor dem Ordnungsrecht haben.

Im Moorschutz soll die **Wiedervernässung auf öffentliche Flächen beschränken** werden. Die **doppelte Grunderwerbssteuer** bei Ausübung des Vorkaufs nach Siedlungsrecht soll abgeschafft und im Düngerecht der Emissions- statt Immissionsbasierte Ansatz (**Verursacherprinzip**) angewandt, die sog. Derogation für Futterbaubetriebe bis 250 kg N/ha aus organischem Düngung ermöglicht werden. Die **Tierhaltungskennzeichnung** soll reformiert und die **Arbeitszeitbegrenzung wöchentlich** und nicht täglich definiert werden.

Die CDU Ostfriesland hält es für dringend notwendig, die **überbordende Bürokratie in der Landwirtschaft zurückzubauen**, mit der unsere hiesigen landwirtschaftlichen Betriebe inzwischen unzumutbar belastet und Wertschöpfung und Weiterentwicklung ausgebremst werden. Die von der AG Landvolk Küste erarbeiteten Vorschläge müssen daher ernsthaft darauf hin geprüft werden, ob sie geeignet sind, einen deutlichen Bürokratierückbau zu erreichen, die Ernährungssicherheit unseres Landes damit dauerhaft zu verbessern ohne die hohen Anforderungen an Qualität, Sicherheit und Nachhaltigkeit unserer Nahrungsmittelproduktion in Frage zu stellen. Darin werden wir unsere Landwirtschaft auf allen politischen Ebenen unterstützen.

6. Ganz klar. Zukunft unserer Fischereiwirtschaft sichern.

Unsere ostfriesischen Küstenfischereibetriebe sind nicht nur kulturell, sondern auch wirtschaftlich ein wichtiger Faktor. Wir setzen uns daher für einen besseren Ausgleich zwischen Nachhaltigkeitsbestrebungen durch Meeresschutz und den wirtschaftlichen Interessen der niedersächsischen Fischerei ein. Derzeit stammen 70 Prozent der in Europa konsumierten Fisch- und Meeresfrüchte aus Importen. Unsere Fischer müssen hingegen die strengsten Regeln der Welt befolgen und zahlreiche Vorschriften erfüllen. Wir wollen sicherstellen, dass **unsere Fischereibetriebe** im internationalen Wettbewerb **nicht benachteiligt** werden. Wesentliche der für die Landwirtschaft adressierten Punkte gelten daher in gleicher Weise für die Fischerei.

Wir sprechen uns gegen ein pauschales Verbot der **Grundschleppnetzfisherei** in ausgewiesenen Gebieten der Nordsee aus. Ein solches Vorgehen wäre insbesondere für die Krabbenfisherei an der ostfriesischen Küste nicht tragbar. Unsere Fischereibetriebe haben Meeresgrund-schonende Schleppnetze entwickelt, die sicherlich – mit Unterstützung der EU – auch weiterentwickeln lassen und welche die bessere Alternative zu einem Verbot sind.

Die Offshore-Windenergieflächen sind für die küstennahe Fischerei verlorene Fanggründe. Hinzu kommen die Sicherheitszonen und die Kabeltrassen, die ebenfalls nicht befischt werden können. Der Anteil von fünf Prozent der **Versteigerungserlöse der Offshore-Windenergieflächen** muss zukünftig daher zuverlässig für notwendigen Strukturveränderungen der Fischereibetriebe eingesetzt werden.

Dieser Nachteilsausgleich für die von den Offshore-Plänen betroffenen Teile der Fischereiflotte ist so einzusetzen, dass die **Fischereiflotte erneuert und modernisiert** wird. Daher ist der Prototyp des durch die Hochschule Emden-Leer entwickelten **Fischkutters der Zukunft** jetzt endlich zu finanzieren und zu bauen. Die Betriebe müssen alternative Fanggründe erschließen und ihre Antriebstechnik und ihr Fanggerät den neusten Standards zur umwelt- und klimafreundlichen Fischerei anpassen. Die **Verarbeitung und Vermarktung in regionalen Strukturen** muss gestärkt werden, um die Wertschöpfung vor Ort zu erhöhen und die Regionalität der Fischerei zu stärken. Die durch die frühere Landesregierung beauftragte Entwicklung einer **Krabbenpulmaschine** muss endlich zu einem erfolgreichen Abschluss geführt werden. Und es bedarf einer **Abwrackprämie für überalterte Schiffe**, um damit die Flotte reduzieren und den kleineren Fanggründen anpassen zu können. Dieser Umbau der Flotte und der Vermarktungsstrukturen muss EU-beihilferechtlich ermöglicht werden.

Mit Blick auf europäische **Fangquotenregelungen** braucht die Fischwirtschaft auch künftig **Planungssicherheit**. Daher gilt es, das Handels- und Kooperationsabkommen mit dem Vereinigten Königreich anzupassen. Ebenso ist eine Einigung mit Norwegen zur Quotierung der Fänge erforderlich.

7. Ganz klar. Aus Energie muss Wertschöpfung vor Ort werden.

Wenn der Umbau der Energiewirtschaft eine Chance für Ostfriesland sein soll, müssen dafür endlich die richtigen Rahmenbedingungen gesetzt werden. Wir wollen **faire Standortbedingungen für innovative und energieintensive Industrien** sowohl im innerdeutschen als auch im europäischen und internationalen Wettbewerb. Netzentgelte und Stromkosten müssen vergleichbar, die Investitionsbedingungen einfach und konkurrenzfähig sein.

Der Ausbau der **Offshore-Windkraft im Rahmen der Nordsee-Energiekooperation** (NSEC) spielt eine tragende Rolle – auch für Ostfriesland. Wir setzen uns dafür ein, dass sich dies in der Vergabe europäischer Fördermittel widerspiegelt.

Der Bau von MultiEnergieHubs ist eine Chance für neue Wertschöpfung auch in Ostfriesland. Dort wo Energieflüsse in erheblichem Umfang gebündelt werden, ist großes Potential für die Ansiedlung energieintensiver Unternehmen. Dies setzt aber voraus, dass für diese Hubs Standorte gewählt und entwickelt werden, die eine solche Ansiedlungspolitik auch ermöglichen. Die Standortwahl darf daher nicht ausschließlich den Interessen der Netzbetreiber, sondern muss auch der wirtschaftlichen Entwicklung Ostfrieslands dienen. Einen Standort ohne Benachteiligungen wird es nicht geben. Diese möglichen Benachteiligungen sind in geeigneter Form auszugleichen. Daher müssen die **MultiEnergieHubs in Ostfriesland** auf Flächen entstehen, die optimal auch **für zusätzliche wirtschaftliche Entwicklung** sind. Zu diesem Zweck sind **interkommunale Entwicklungsgesellschaften** zu gründen.

Bei der Umstellung auf klimaneutralen **Wasserstoff** braucht es zum Erhalt unserer Wettbewerbsfähigkeit in der Anlaufphase nicht nur staatliche Beihilfen, sondern auch einen **Grenzausgleichsmechanismus**, der dafür sorgt, dass außerhalb der EU erzeugter klimaschädlicher Stahl nicht länger privilegiert wird.

Das Land Niedersachsen muss den **Emder Hafen als Offshore Gateway ausbauen** und mit zusätzlichen Umschlagflächen für Bauteile von Onshore-Windenergieanlagen zum Energie-Hub erweitern. Diese Investitionen des Landes in seinen größten Hafen sind zwingende Voraussetzung, um die Ausbauziele der Windenergie überhaupt erreichen zu können.

Der Ausbau der Wasserstofftechnologie wird ohne die Kapazitäten der ostfriesischen Gasspeicher nicht gelingen. Sie spielen eine strategisch entscheidende Rolle für eine europäische Wasserstoffwirtschaft. Damit unsere Region nicht nur zum Speicher- und Durchleitungsstandort Erneuerbarer Energien und von Wasserstoff wird, sondern wirtschaftlich partizipieren und Wertschöpfung und Wohlstand gewinnen kann, fordern wir, jetzt ein **ostfriesisches Wasserstoff-Regionalnetz**, damit schnell Planungssicherheit für Investitionen in Wasserstoff-nutzende Industrieanlagen entsteht.

8. Ganz klar. Starke Bundeswehr wichtig für den Mittelstand.

Die Bundeswehr hat auch für die regionale Wirtschaft eine große Bedeutung. Mit Investitionen in Gebäude, Infrastruktur und Material sowie mit der Instandsetzung und Unterhaltung ist sie auch wichtiger Auftraggeber. Sie ist wichtiger Arbeitgeber, der für Kaufkraft sorgt, und sie bildet in erheblichem Umfang auch in gewerblichen Berufen aus.

Mit dem Fliegerhorst Wittmundhafen mit dem Jagdgeschwader 71 in Wittmund, dem Marinestützpunkt Heppenser Groden, dem Marinearsenal, der Sanitätsstaffel Einsatz, dem Logistikzentrum in der Marineanlage Bordum, dem Bundeswehr-Dienstleistungszentrum, dem Teile Marinearsenal, dem Marinemusikkorps und weiterer Dienststellen in Wilhelmshaven, dem Kommando Schnelle Einsatzkräfte Sanitätsdienst, dem Sanitätsversorgungszentrum, dem Bundeswehr-Dienstleistungszentrum und weiteren Dienststellen in Leer, dem Abgesetzten Technischen Zug 244 und dem Munitionslager in Aurich, der Güteprüfstelle Bundeswehr in Emden, dem Teile Technischen Staffel Marinefliegergeschwader 5 auf Borkum, dem Marinearsenal in Upjever, der Marinefunksendestelle in Neuharlingersiel, dem Materiallager des Heeres und weiterer Dienststellen in Weener sind für die Verteidigungsfähigkeit Deutschlands und Europas besonders **wichtige militärische Einheiten auf der ostfriesischen Halbinsel** stationiert. In der direkten Nachbarschaft sind zudem u.a. das Bundeswehrkrankenhaus Westerstede und die 1. Panzerdivision in Oldenburg. Der Emdener Hafen ist darüber hinaus ein bedeutender **Umschlaghafen für die NATO-Bündnispartner und die Bundeswehr**. Des Weiteren sind auch in Ostfriesland mittelständische Unternehmen mit wichtigen Fähigkeiten in der Entwicklung und Produktion von Verteidigungssystemen angesiedelt.

Nach dem russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine, den hybriden Angriffen auf Strukturen der Europäischen Union und ihrer Mitgliedsstaaten sowie dem erkennbaren Rückzug der USA aus den Verteidigungsstrukturen auf dem europäischen Kontinent haben Deutschland und seine europäischen Partner reagiert und wollen in kurzer Zeit ihre **Fähigkeit zur Verteidigung erheblich ausbauen**. Diesen Strategiewechsel unterstützen wir ausdrücklich.

Auch die militärischen Strukturen, Infrastruktur, Dienstleistungs-, Forschungs- und Entwicklungs- sowie Produktionskapazitäten unserer Region müssen von diesem Umbau partizipieren. Wir fordern die **Stärkung und den weiteren Ausbau der militärischen Einrichtungen**, den Ausbau militärischen Umschlagkapazitäten im Emdener Hafen, die **Ertüchtigung der militärisch relevanten Infrastruktur** und der Ausbau der hiesigen Entwicklung und Produktion militärischer Systeme – auch und gezielt durch Investitionen des Bundesministeriums der Verteidigung. Dies kann einen wichtigen Beitrag für eine verbesserte Verteidigungsfähigkeit leisten und zugleich – durch verbesserte Infrastruktur, höhere Kaufkraft und vor allem zusätzliche Produktionskapazitäten – die mittelständischen Wirtschaftsstrukturen, Wertschöpfung und Wohlstand erhöhen.